



BIZ Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz e.V.

transparent - bürgernah - sachlich

Infobrief #3 – Februar 2010

Der Blick hinter die Kulissen der Koblenzer Kommunalpolitik – Mit diesem Infobrief erfahren Sie, was WIRKLICH passiert. Der Infobrief erscheint künftig unregelmäßig und informiert Sie über die wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen und Entwicklungen in Koblenz

Infobrief abonnieren: Wenn Sie diesen Infobrief künftig per E-Mail erhalten möchten, senden Sie uns einfach eine E-Mail mit Betreff INFOBRFIEF ABONNIEREN an infobrief.biz-koblenz@gmx.de oder abonnieren Sie den Infobrief auf www.bi-zukunft.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

die **Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz e.V.** (BIZ, www.bi-zukunft.de), wurde im Februar 2009 von Bürgern der Stadt Koblenz gegründet zu dem Zweck Alternativen zu der investoren- und parteiengesteuerten Koblenzer Stadtratspolitik zu entwickeln. Seit der Kommunalwahl vom Juni 2009 hat die BIZ sechs Sitze im Stadtrat. Mit ihrer Stadtratsarbeit und mit der Vereinsarbeit, die durch gewählte Fachbeiräte auf den Gebieten Haushalt, Soziales, Kultur, Bildung/Schulen, Bau- und Verkehrsplanung, Umwelt und Sport unterstützt wird, setzt sich die **Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz** für die Belange der Koblenzer Bürger ein. Für jene Bürger, die den etablierten Parteien im Koblenzer Stadtrat nicht mehr zutrauen, finanzpolitisch und städteplanerisch verantwortungsvoll (Steuergelder der Bürger!) zum Wohl der Stadt Koblenz zu wirken. Die **BIZ** will darüber hinaus bürgernahe Alternativen zur ökonomischen, ökologischen, sozialen, kulturellen und städteplanerischen Zukunft von Koblenz entwickeln, präsentieren und zur Diskussion stellen.

TOP-Thema Haushalt 2010 +++ Rekord-Defizit 72,6 Millionen für 2010 +++ **Mietvertrag Schloss Koblenz** +++ Mietvertrag kostet knapp vier Millionen Euro +++ **Baumfällungen am Löhrondell**

Editorial – Haushaltsdisziplin und Kommunenpleite. Unseren Städten und Gemeinden droht der Finanzkollaps. Laut einer Studie der Bonitätsprüfer Fitch, veröffentlicht in der Süddeutschen Zeitung, liegen Deutschlands schwächsten Kommunen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Der Redakteur der Süddeutschen Zeitung Alex Rühle hat im Februar 2010 drei Kommunen in Nordrhein-Westfalen besucht: Wuppertal, Essen und Köln. Seine Gespräche mit den Bürgermeistern, Stadtkämmerern und Kulturschaffenden wurde Mitte Februar in drei Folgen veröffentlicht (SZ vom 13., 17. und 19.02.2010). Das Fazit: Trotz dem Kulturhauptstadtevent Ruhrgebiet (Essen) bleiben die Städte hoffnungslos überschuldet. Solche Ereignisse reißen sie nicht aus. Vor diesem Hintergrund ist auch eine allzu euphorische Erwartung zumindest in Bezug auf die kommunalen Finanzen sehr kritisch zu sehen. Wuppertal ist mit 1,8 Milliarden Euro verschuldet. Bis 2014 kann die Stadt nur 216 Millionen Euro einsparen. Das bedeutet aber die Schließung von zwei Stadtbibliotheken, drei Frei- und zwei Hallenbädern und die Abschaffung der Obdachlosenhilfe, der Drogenprävention und der Unterstützung der freien Kulturszene (Alex Rühle). Essen muss Grundschulen schließen, und in einigen Städten wird die Straßenbeleuchtung abgeschaltet. Alle 52 Städte, die am Kulturhauptstadtprogramm teilnehmen, leben von Nothaushalten. Die Städte können nicht mit kommunalen Leistungen gegen Steuererleichterungen des Bundes ansparen. Es geht darum, ihre Servicestrukturen überhaupt noch aufrecht erhalten zu können. Die Kölner Bürger stehen gegen die Stadtverwaltung und Regierung auf, hier steht obendrein noch die Verletzung deren Aufsichtspflicht gegenüber den sehr mafios anmutenden Strukturen in der Bauverwaltung (U-Bahn-Bau, Einsturz eines Archivs) im RUM. Die Finanzierung von Kommunen hängt ganz wesentlich von den Gewerbesteuerereinnahmen ab. Die sind fast halbiert. Im Gegenzug steigt die Last der vom Bund und von den Ländern den Kommunen aufgedrückten Sozialausgaben und Ausgaben für den Aufbau Ost, der im Prinzip abgeschlossen ist. Das ist, so Alex Rühle, eine skandalöse Konstruktion, gegen die sich die Städte zusammentun und wehren müssen.

Die Finanzlage der Stadt Koblenz ist (noch) nicht so schlimm wie die der genannten Ruhrgebietsstädte. Gott sei Dank haben wir noch einen kleinen Handlungsspielraum, ebensolchen Verhältnissen entgegenzusteuern. Der Koblenzer Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 19. Februar 2010 anders entschieden (Berichte RZ 20.02. und 22.02.2010). Die BIZ-Fraktion hat zusammen mit den Grünen und schließlich auch der FDP-Fraktion gegen den Haushalt und weitere Verschuldung gestimmt. Mit dieser Ablehnung verbunden sind auch die Gegenstimmen der BIZ-Fraktion bei den Stadtratsbeschlüssen zur Anmietung des Mitteltrakts des Schlosses und zur überbeuerten Fassadengestaltung der Rhein-Mosel-Halle. Der BIZ-Vorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Stephan Wefelscheid, hat es deutlich gemacht: sollte der Jahresfehlbetrag 2010 (Haushaltsdefizit) von 73 Millionen Euro in den folgenden Jahren in gleicher Höhe ausfallen, ist das bilanzmäßig ausgewiesene Eigenkapital der Stadt Koblenz in acht Jahren vollständig aufgezehrt

(Dr. Michael Winter, Stefan Bernhard Mies)

Haushaltsrede der BIZ-Fraktion zum Haushalt der Stadt Koblenz vom 19. Februar 2010

Die Fakten Im Finanzhaushalt klafft ein Fehlbetrag von 103 Millionen Euro! Der Schuldenberg der Stadt Koblenz wird sich allein in diesem Jahr von 280 Millionen Euro auf über 320 Millionen Euro erhöhen.

Der Ergebnishaushalt, der den tatsächlichen Ressourcenverbrauch der Stadt Koblenz im Jahr 2010 darstellt, führt uns mit aller Deutlichkeit vor Augen: Wir leben weit über unseren Verhältnissen!

Ausgehend von einem Eigenkapital zum Stichtag 31. Dezember 2009 in Höhe von gerundet 586 Millionen Euro und einem gleich bleibenden Jahresfehlbetrag von 72,6 Millionen Euro bleiben der Stadt Koblenz noch etwa acht Jahre, bis ihr Eigenkapital vollständig aufgebraucht ist.

Die Stadt Koblenz wird dieses Jahr gezwungen sein, ihre Liquidität in einem nie dagewesenen Ausmaß durch kurzfristige Liquiditätskredite (das sind die bisherigen Kassenkredite) zu sichern. Das ist das öffentliche Gegenstück zu Dispo-Krediten eines Privatmanns. **Die sind notwendig, damit die Stadt Koblenz überhaupt noch die Gehälter der Beamten und Bediensteten und offene Rechnungen pünktlich zahlen kann.**

Was hat uns in diese Situation gebracht? Die Ursachen dieser Entwicklung sind zum einen **struktureller Natur**, zum anderen aber auch **hausgemacht**.

Ein Steuereinbruch bei der alles dominierenden Gewerbesteuer von 40 Millionen Euro bei gleichzeitig steigenden Pflichtausgaben und explosiv gestiegenem Investitionsvolumen sind kaum zu verkraften

Nach der Wiedervereinigung gaben Deutschlands Städte und Gemeinden 1992 rund 22 Milliarden Euro für Sozialausgaben aus – 2009 waren es bereits 40 Millionen Euro. 2010 werden es voraussichtlich knapp 42 Milliarden Euro sein, Tendenz steigend.

Mit der BUGA 2011 wird ein Großprojekt realisiert, dessen Umsetzung im Vorfeld verhältnismäßig hohe Investitionen notwendig macht. Eine Menge Erdreich wurde dafür bereits bewegt. Für die heimische Wirtschaft mag der Zeitpunkt der BUGA in der Tat als glücklich erscheinen, wirken sich doch die Investitionen wie ein eigenes kleines Konjunkturprogramm aus. Ich mag an dieser Stelle nicht verhehlen, dass bei aller Euphorie für die BUGA 2011 auch ein erhebliches finanzielles Risiko damit verbunden ist. Ob die Kosten-/Nutzenrechnung am Ende für die BUGA 2011 positiv ausfallen wird, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. Spätestens 2012 wissen wir mehr ...

Andere Investitionen hingegen sind in ihrer derzeitigen Planung weder aus konjunkturpolitischen Gründen noch aus dem Gebot dringlicher Eilbedürftigkeit zwingend notwendig. So wird der Ausbau der Löhrrstraße im Bereich Löhrndell mit ca. 1,5 Millionen Euro zu Buche schlagen. Eine Investition, die angesichts leerer Kassen wahrlich auf den Prüfstand gehört hätte.

Ebenso verhält es sich mit dem Ausbau der Rhein-Mosel-Halle zum Kongresszentrum, der im Wirtschaftsplan der Koblenz-Touristik mit 14 Millionen Euro veranschlagt ist. In Anbetracht der unsicheren weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und mangels aussagekräftiger, belastbarer Wirtschaftlichkeitsstudien zu dem grundsätzlichen Bedarf eines Tagungs- und Kongresszentrums diesen Ausmaßes wäre es vernünftiger gewesen, die Rhein-Mosel-Halle lediglich kostengünstig zu sanieren – soweit dies überhaupt wirklich essentiell notwendig wäre. **Zudem besteht eine ernstzunehmende Gefahr der Schaffung von Doppelstrukturen auf Kosten des Steuerzahlers.** Denn wie zwischenzeitlich allgemein bekannt, hat der Stadtrat den Mietvertrag für die 30-jährige Anmietung des Mitteltrakts des Schlosses, u. A. für Tagungs- und Kongresszwecke, für 11.000 Euro monatliche Miete zzgl. Nebenkosten bewilligt (*siehe hierzu auch u. g. Beitrag, Anm. d. Red.*). Hinzu kommen hier Umbaumaßnahmen in Höhe von 2,2 Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Fragen, ob die Investition in den Ausbau der Rhein-Mosel-Halle wirklich zwingend in dieser Größenordnung notwendig ist.

Wie kommen wir zu einem ausgeglichenen Haushalt? In ihrer Verfügung zum Haushalt 2009 hat die ADD zu Recht bereits verstärkte Konsolidierungsmaßnahmen und eine äußerste Ausgabendisziplin gefordert. Die defizitäre Haushalts- und Finanzlage verbietet es regelmäßig, finanzielle Mittel für neue oder zusätzliche Aufgaben bereitzustellen. Zumindest sollte in geeigneter Weise in allen Planungsjahren eine Nettoneuverschuldung vermieden werden. Nur so kann künftigen Generationen ein angemessener finanzieller Gestaltungsspielraum verschafft und Vorsorge für die in der Zukunft liegenden weiteren Belastungen getroffen werden.

Angesichts der aktuellen Lage ist insbesondere in Koblenz die Kürzung der Investitionen, insbesondere der Verzicht auf noch nicht begonnene Großprojekte als kurzfristige Konsolidierungsmaßnahme unverzichtbar.

Was tun? Solange der Stadtrat nicht zu umfassenden Maßnahmen nicht bereit ist, sondern lediglich in Betracht zieht, den Hebesatz der Grundsteuer B zu erhöhen, wird die BIZ-Fraktion den eingeschlagenen Kurs nicht mittragen. Einer Erhöhung der Abgabenlast können wir so nicht zustimmen. **Mangels schlüssigem Gesamtkonzept, wie das veranschlagte Jahresdefizit von 73 Millionen Euro zukünftig zurückgeführt werden soll, lehnen wir daher auch den Haushaltsentwurf ab.**

Lesen Sie mehr auf www.bi-zukunft.de



Mietvertrag für das Schloss kostet knapp vier Millionen Euro

KOBLENZ. Die Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz (BIZ) kritisiert den gerade geschlossenen Mietvertrag der Stadt Koblenz für das Kurfürstliche Schloss. Laut Berichterstattung sollen die **monatliche Miete ohne Nebenkosten 11.000 Euro betragen – und das auf 30 Jahre**. Dabei scheint die Motivation, den Mittelteil des Schlosses seitens der Stadt zu nutzen im Wesentlichen durch die BuGa motiviert, die jedoch nur im kommenden Jahr für sechs Monate stattfindet. Knapp vier Millionen Euro zusätzliche Kosten werden also in den nächsten 30 Jahren auf die Stadt zukommen – neben den Umbaukosten, die die Stadt als Generalunternehmer zusätzlich im angemieteten Teil des Schlosses zu leisten. Darüber hinaus verpflichtet sich die Stadt gegenüber der Schloss-Eigentümerin, der Bundesbehörde Bima, zu weiteren laufenden vertraglichen Leistungen. Und wieder wurde dieses skurrile Vertragswerk hinter verschlossenen Türen verhandelt – und das, obwohl der Vertragspartner eine öffentliche Behörde ist. Die Öffentlichkeit wird wieder vor vollendete Tatsachen gestellt und muss nun für das desolatte Verhandlungsergebnis tief in die Tasche greifen. Welchen Nutzen der jahrzehntelange Mietvertrag letztlich für die Stadt bedeutet und in welchem Verhältnis er zu den Gesamtmietkosten von knapp vier Millionen Euro steht, scheint fraglich. Unglaublich ist auch, dass der Mietvertrag just zu der Zeit geschieht, da sogar der OB das laufende Jahr in seine Haushaltsrede im Dezember 2009 als „Annus horribilis“, also als „Horrorjahr“ bezeichnet hat. Die Verschuldung der Stadt Koblenz wird mit derartiger Politik weiter nach oben schnellen, wie auch die Verschuldung im Land Rheinland-Pfalz (auf voraussichtlich 33 Milliarden Euro Ende dieses Jahres nach Prognose des Landesrechnungshofs). Die BIZ, seit Ende letzten Jahres Mitglied im Bund der Steuerzahler, wird sich künftig noch vehementer für die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen einsetzen. „Wir sind an politisch und haushaltstechnisch an einem Punkt angelangt, wo es nicht nur um den dringenden Schutz künftiger Generationen vor einer gigantischen Schuldenlast, sondern um die Leistungsfähigkeit des Staates und der Kommunen in den nächsten Jahren geht, gerade mit Blick auf die Verschuldung im Bund, in Rheinland-Pfalz und in Koblenz“, wo der BIZ-Vorsitzende Stephan Wefelscheid, „Ohne Notbremse schlägt das zwangsläufig auf die Daseinsvorsorge durch, und das möglicherweise schon sehr bald.“

Lesen Sie mehr auf www.bi-zukunft.de

Stefan Bernhard Mies – Kommentar zum Mietvertrag für das Schloss

Wo bleibt der gesunde Menschenverstand?

Der Mietvertrag der Stadt Koblenz für den Mittelteil des Kurfürstlichen Schlosses mit der Bundesbehörde Bima ist äußerst skurril und skandalös. Ohne Not manövriert sich die Stadt Koblenz in ein in jeglicher Hinsicht inakzeptablen Mietvertrag und handelt völlig entgegen dessen, was angesichts der dramatischen Haushaltslage und des selbst vom OB als Horrorjahr („Annus horribilis“) bezeichneten Haushaltsjahres 2010 sowie der aufgrund heutiger Erkenntnisse erforderlichen Annahme, dass auch die folgenden Jahre haushaltstechnisch für die Stadt Koblenz äußerst problematisch werden (Brückensanierung, kostspielige Großbauprojekte etc.) angemessen wäre. Mehr als 11.000 Euro monatliche Miete ohne Nebenkosten, das macht über die gesamte Mietdauer knapp vier Millionen Euro. Zuzüglich Umbaukosten



Der Mietvertrag läuft über 30 Jahre – die BUGA dauert sechs Monate. Größer kann der Unterschied auch zwischen Realität und offensichtlichem Realitätsverlust der für diesen Mietvertrag für die Stadt Koblenz Verantwortlichen aus Verwaltung und Politik nicht sein. Hinzu kommt, dass sich die Stadt zu weiteren laufenden Vertragsleistungen gegenüber der Bima verpflichtet. Da fragt man sich, wo der gesunde Menschenverstand bei den Vertragsverhandlungen geblieben ist! Der mögliche Erfolg der BuGa wird sich mitnichten in der Schlossfrage entscheiden!

Nach Aussage eines Ratsmitglieds waren „einige Kröten zu schlucken“ gewesen. In Wahrheit liegt das Problem in Koblenz. Ein derart skurriles Vertragswerk mit so vielen „Kröten“ kann man nur strikt ablehnen! Dieses skandalöse Vertragswerk ist eine einzigartige Blamage für die verantwortlichen Entscheidungsträger auf der Seite der Stadt Koblenz! Doch wenn man die Reihe von Vertragswerken, die regelmäßig im Geheimen verhandelt werden, betrachtet, drängt sich der Verdacht auf, dass bei den Entscheidungsträgern in Verwaltung und Rat generelles Unvermögen darin besteht, die Stadt Koblenz angemessen und auf Augenhöhe mit den Gesprächspartnern auf der anderen Seite in ebensolchen Verhandlungen zu repräsentieren und die Interessen der Bürger und Steuerzahler zu vertreten. Vielmehr spielen die Verhandlungs- und Vertragspartner geradezu mit den städtischen Entscheidungsträgern - z. B. beim Zentralplatzprojekt oder jetzt beim Schloss!

Lesen Sie mehr auf www.bi-zukunft.de

Baumfällungen am Löhrrondell – Schriftlicher Gnadengesuch von BUND und BIZ

Mit einem schriftlichen „Gnadengesuch“ an den Koblenzer Baudezernenten Prümm sowie einer spontanen Protestaktion sind BUND- und BIZ-Mitglieder am späten Sonntagnachmittag am 7. Februar 2010 an die Öffentlichkeit getreten. Ihr Ziel: Die 11 Platanen gegenüber der Herz-Jesu-Kirche und dem Löhr-Center, die am nächsten Morgen gefällt werden sollten – und tatsächlich am darauffolgenden Dienstag gefällt wurden – sollen in letzter Minute doch noch vor der Säge verschont bleiben.



Der umweltpolitische Sprecher der BIZ und zugleich stellvertretende Vorsitzende der Koblenzer BUND-Gruppe, Egbert Bialk, dazu: „Wieder einmal fallen für eine fragwürdige Straßenbaumaßnahme fast ein Dutzend kerngesunder Bäume. Wir hatten nach einigen Gesprächen die nicht unbegründete Hoffnung, dass die Stadt einlenkt und die meisten Platanen verschont. Offenbar sollen jetzt ohne Not ganz schnell Fakten geschaffen werden, damit der Kompromissvorschlag keine Chance mehr bekommt. Natur- und Klimaschutz fängt vor der Haustür an – aber das scheint bei den Offiziellen der Stadt noch niemand wirklich begriffen zu haben.“

Übrigens: Auch die vitalen Bäume in der Rheinstraße und vor der Rhein-Mosel-Halle wurden mittlerweile Opfer der Kettensäge. Die Fällung von hunderten Bäumen in Koblenz geht also weiter. Zum Leidwesen von Stadtklima und Aufenthaltsqualität in Koblenz.

Lesen Sie mehr auf www.bi-zukunft.de



**FÜR BÄUME IM ZENTRUM.
Es ist noch nicht zu spät.**

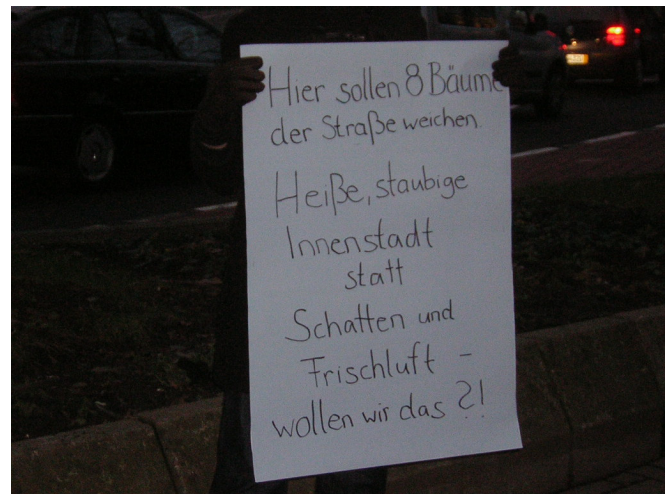


Bild links: So sieht das verwaiste Hochbeet nach der Baumfällung am Löhrrondell aus.

Bild rechts: Gemeinsam setzen sich BUND und BIZ für den Erhalt von Bäumen ein – leider vergebens.

Schon gesehen? Aktuelle Podcast Sendung zur Stadtrat Sitzung vom 29. Februar 2010 und weitere Sendungen auf www.youtube.com/bizukunft

Schon gelesen? KUck mal, Koblenzer Umweltkurier, erhältlich im KUB.A Koblenzer Umweltbüro, Eltzerhofstraße in Koblenz

BIZ@twitter Folgen Sie uns  auf www.twitter.com/biz_koblenz

Unterstützen Sie uns! Spendenkonto: Sparkasse Koblenz, BLZ 570 501 20, Konto 700 120

Zukunft für Koblenz mitgestalten. BIZ.

Impressum

Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz (BIZ) e. V., Kurfürstenstr. 23, 56068 Koblenz
Telefon (0162) 8 09 69 59, Fax (0261) 1 59 22, BIZ-Koblenz@gmx.de

Vereinsregister AG Koblenz VR 20460

Vorsitzender: Stephan Wefelscheid, Stellvertretender Vorsitzender: Alexander Schöne

V.i.S.d.P.: Stefan Bernhard Mies, Pressesprecher BIZ, Presse.BIZ-Koblenz@gmx.de